Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 197. Donnerstag, 23. August 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: i. V.: F. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Vollversammlung der Interparlamentarischen Konferenz.

vdz. Im festlich geschmückten Plenarsitzungssaal des Reichstags trat gestern vormittag die 25. Interparlamentarische Konferenz zu ihrer ersten Vollsitzung zusammen, an der sich etwa 500 Mitglieder beteiligten.

In Vertretung des erkrankten Präsidenten der Interparlamentarischen Union, des Schweden Adelswaert, eröffnete der stellvertretende Präsident, der tschechische Senatsvizepräsident **Dr. Brabec**, die Tagung, um sofort die Wahl des Tagungspräsidenten und des Büros vornehmen zu lassen. Auf Vorschlag des Rats der Union wurde einstimmig durch Zuruf der Präsident der deutschen Gruppe, der frühere demokratische Abgeordnete **Professor Dr. Walter Schücking, zum Präsidenten der 25. Konferenz gewählt.**

Dr. Schücking übernahm das Amt mit einer Ansprache, in der er betonte, daß der Deutsche Reichstag selten eine für das parlamentarische Leben so repräsentative Versammlung wie die heutige in seinen Räumen gesehen habe. Er hieß im Namen der auf mehr als zweihundertundsechzig Mitglieder angewachsenen deutschen Gruppe die ausländischen Vertreter herzlich willkommen und führte aus: Wir erleben eine merkwürdig interessante Zeit, die Aufrichtung einer schon von Kant erstrebten, das Recht verwaltenden Organisation der menschlichen Gesellschaft ist im Werke. Aber noch stehen wir mitten in dem Zeitalter des Uebergangs. Altes ringt mit Neuem auf der ganzen Linie. Die Wahrheit ist auf dem Marsche, aber es gilt, ihr zum Durchbruch zu verhelfen. Es gilt, eine neue politische Ideenwelt durchzusetzen und das Zeitalter der Anarchie in der Staatenwelt für immer zu überwinden. Es gilt, der Menschheit einen neuen Frühling zu bringen, dessen Segnungen jedem einzelnen zugute kommen sollen. Die Interparlamentarische Union ist heute in aller Welt die vornehmste Repräsentantin dieser neuen Ideenwelt. Groß sind die Leistungen, die sie zu ihrer Verwirklichung in der Vergangenheit gemacht hat, größer noch sind ihre Aufgaben für die Zukunft. Es kann nicht genügen, den Krieg als Rechtsinstitut zu beseitigen, denn das Leben schreitet immer wieder von Zeit zu Zeit über die Rechtsordnungen hinweg. Wir müssen auch sozusagen die soziologischen Ursachen der Kriege bekämpfen, indem wir dem natürlichen Recht aller Völker in allen Beziehungen auf der ganzen Linie in einem rechtlich geordneten Verfahren zum friedlichen Durchbruch verhelfen und Mittel und Wege finden, das Ideal der Gerechtigkeit zu verwirklichen. Dafür die richtigen Formen auszubilden, ist die schwierigste, aber auch die wichtigste Aufgabe aller derer, die wie die Interparlamentarische Union in einem fortschrittlichen Geiste am Ausbau des Völkerrechts arbeiten. Möchte auch die gegenwärtige Tagung von dem Geiste des Fortschritts getragen sein, der der Atem Gottes in der Weltgeschichte ist. Möchten auch die vielen Millionen von Wählern, die hinter den hier vertretenen Parlamenten stehen, draußen in aller Welt unser Werk begrüßen. Möchten sie die Ueberzeugung teilen, die uns hier zusammengeführt hat und die ein Amerikaner trefflich mit den Worten formuliert hat: Niemand ist berechtigt, diese Welt so zu verlassen, wie er sie vorgefunden hat.

Im Anschluß an die Begrüßungsansprache von Prof. Schücking führte

Reichskanzler Müller

aus: Der erste Willkommensgruß, den ich an Sie richte, ist der des Oberhauptes des Deutschen Reiches, unseres Reichspräsidenten Herrn v. Hindenburg. Er bedauert, nicht in Berlin anwesend zu sein, um Ihnen selbst Worte der Begrüßung auszusprechen. Ich tue dies hier in seinem Auftrage. Dem Gruße des deutschen Reichspräsidenten reiht sich an der Ausdruck der Freude der deutschen Reichsregierung, die Sie in der Reichshauptstadt und an der Stätte des deutschen Parlamentes ebenfalls herzlich willkommen heißt. Als internationale Einrichtung blickt die Union heute auf 30 Jahre zurück. In dieser Zeitspanne lag die Katastrophe des Weltkrieges, dessen psychologische Nachwirkungen noch Jahre hindurch die Aufnahme freundschaftlicher und vertrauensvoller Beziehungen unter den Nationen erschwerte. Diejenigen, die in den ersten Jahren nach der Beendigung des Weltkrieges auf den Tagungen der Interparlamentarischen Union waren, werden sich mit Genugtuung daran erinnern, daß auf ihren Tagungen zuerst die Bande wieder angeknüpft wurden, die nie mehr zerreißen dürfen, wenn Europa nicht doch noch zu einem Trümmerhaufen werden soll. Die Abgründe, die zwischen den einzelnen Völkern sich aufgetan, beginnen sich mehr und mehr zu schließen. Die Barrieren zwischen den einzelnen Staaten sind gefallen und von hüben und drüben reichen sich die Menschen, die guten Willens sind, die Hände zur gemeinsamen Arbeit. Kein Volk, so groß und stark es sich dünken mag, kann auf die Dauer für sich allein bestehen. Es bedarf der Hilfe und Unterstützung der anderen Mitglieder der großen Völkerfamilie. In dieser Arbeit für den gemeinsamen Fortschritt der Völker ist die Interparlamentarische Union ein besonders wirksames Instrument. Aus einer Organisation, die in erster Linie für den Schiedsgerichtsgedanken und damit für die Beseitigung bewaffneter Konflikte eintrat, hat diese Organisation sich zu einem Weltparlament entwickelt, das in voller Freiheit und geistiger Unabhängigkeit im Sinne der allen Völkern gemeinsamen Interessen an die Lösung der großen Probleme herangeht, welche unsere Zeit bewegen. Die Stimmen aller Nationen, die in diesem großen Parlament vertreten sind, klingen aus in den einen Wunsch, das Reich des Friedens auf Erden zu sichern. Schwierigkeiten und Kämpfe zwischen den Völkern wird es immer geben. Diese Kämpfe aber auszutragen auf dem Boden des geistigen Kampfes, ist das Ziel Ihrer Arbeit. Wir sind uns alle darüber klar, daß dieses große Ziel noch in der Ferne liegt, und daß es noch vieler heißer Anstrengungen bedarf, um endgültig in das gelobte Land des Friedens zu gelangen. **Die deutsche Reichsregierung wünscht von Herzen, daß Ihre Arbeit dazu beitragen möge, die Menschheit unserem gemeinsamen großen Ziele näher zu bringen, und daß die diesjährige Tagung in Berlin eine Quelle des Segens für die Menschheit sein möge!**

*

Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen widmete der Vorsitzende, **Dr. Schücking**, während sich die Versammelten von ihren Plätzen erhoben, den verstorbenen Mitgliedern der Union einen **Nachruf**. Präsident Dr. Schücking eröffnete dann

die allgemeine politische Aussprache

auf Grundlage der vom Generalsekretär erstatteten Berichte. Als erster Redner ergriff der Vorsitzende für Wirtschaft und Finanzfragen, **Dr. Treub**, Holland, das Wort.

Dr. Treub führte u. a. aus: Habe sich nach dem Kriege bei fast allen Staaten zunächst das Bestreben gezeigt, möglichst unabhängig voneinander zu werden, so sei doch rasch die Erkenntnis der gegenseitigen Abhängigkeit der Völker voneinander durchgedrungen, so auf dem Gebiete der militärischen und wirtschaftlichen Abrüstung. Die Interparlamentarische Union habe bereits im Jahre 1920 eine Kommission für Wirtschaftsfragen eingesetzt, als deren Ergebnis immer wieder die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Abrüstung betont wurde. Leider müsse aber festgestellt werden, daß trotz aller Bemühungen um diese wirtschaftliche Abrüstung die Vollsätze in die Höhe gegangen wären. Ein Lichtblick sei freilich vorhanden; so sei vor allem der deutsch-französische Handelsvertrag zu nennen, der, wenn er auch noch nicht genüge, sich doch von dem neuen Geiste der Weltwirtschaftskonferenz inspirieren lasse und der die gegenseitige Abhängigkeit der Staaten voneinander durch praktische Maßnahmen im Interesse beider Teile dokumentiere.

Der ehemalige dänische Wehrminister und Vorsitzende der Interparlamentarischen Abrüstungskonferenz **Dr. Munch** bedauert zunächst, daß die letzte Abrüstungskonferenz in Genf keine erheblichen Fortschritte gebracht habe. In allen Völkern sei eine starke Ungeduld über die langsame Arbeit in Genf zu bemerken. Dies müsse abgestellt werden, denn sonst bestehe die große Gefahr, daß die Autorität der Genfer Abrüstungskommission gemindert werde. Entscheidend sei aber vor allem die moralische Abrüstung der Völker. Zwar wollten alle Völker den Frieden, aber jedes Volk betone immer wieder es rüste nur, um sich vor seinem Nachbarn zu schützen. Angesichts dieses absurden Zustandes sollte man alle Mittel anwenden, um diese Begründung unmöglich zu machen. Dazu müßten in steigendem Maße Schiedsgerichts- und Nichtangriffspakte abgeschlossen werden. Der Redner empfahl die Schaffung einer Organisation beim Völkerbund, die eine Gesamtaktion in dieser Richtung ermöglichen solle. Für Europa, so betonte er zum Schluß, sei die Abrüstungsfrage von besonders entscheidender Bedeutung, eine Frage auf Leben und Tod; denn ein Krieg zwischen den europäischen Nationen werde fürchterliche und gar nicht auszudenkende Verwüstungen auf dem Festlande anrichten. (Beifall.)

Im Anschluß an die Ausführungen Dr. Munchs ergriff der frühere Reichsminister **Dr. David** das Wort, wobei er ausführte, er sei wohl überzeugt von dem guten Willen der maßgebenden Kreise, der Staatsmänner, die ehrlich den Frieden wollten, die gern abrüsten wollten, die aber doch immer wieder fürchten, daß eine rasche Abrüstung ihrem Lande gefährlich werden würde. Selbst die Locarnoverträge und der Kelloggpakt genügten ihnen noch nicht, weil einer dem anderen nicht trauen würde. Als Grund für dieses Mißtrauen würden die Rüstungen des Nachbarn angegeben. Der Grund für die Rüstungen sei also das Mißtrauen, der Grund für dieses Mißtrauen seien die Rüstungen. Dieser Circulus vitiosus wäre aber nur zu sprengen, wenn man aufhören würde, Sicherungen zu verlangen. **Die Sicherungen kämen mit der Abrüstung ganz von selbst.** (Beifall.) **Deutschland habe abgerüstet. Ihm sei die Abrüstung aber nur auferlegt zu dem Zwecke einer nachfolgenden allgemeinen Abrüstung auch der Siegerstaaten. Deutschland habe ein Recht, die Erfüllung dieser Bestimmung zu verlangen.** (Lebhafte allgemeine Zustimmung.) **Wenn Sie nicht erfüllt würde, würde dem Versailler Vertrag der Boden entzogen.** (Erneute Zustimmung.) Hinzu komme die psychologische Unmöglichkeit dieser Lage. **Die Rüstung der ehemaligen Gegner bedeute neben der Rheinlandbesetzung das schwerste Hindernis für die deutsch-französische Verständigung.** Mit der gleichen Logik wie die Franzosen könnten auch die Deutschen ihre Aufrüstung propagieren. Eine solche deutsche Aufrüstung würde aber nicht dem Frieden dienen und den Krieg verhüten, sondern nur die Gefahr vergrößern. **Eine dauernde Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland sei der Schlüssel zur Befriedung Europas überhaupt.** Das deutsche Volk wolle in seiner großen Mehrheit diese Verständigung. Das Kriegsbeil zwischen diesen beiden großen Kulturnationen solle und müsse für alle Zeiten begraben werden. (Lebhafter Beifall.) Er sei persönlich aber auch fest davon überzeugt, daß das französische Volk ebenfalls in seiner großen Mehrheit die Verständigung mit dem deutschen Volke wolle. (Beifall.)

Darauf trat eine Mittagspause ein.

Tätigkeitsbericht der Interparlamentarischen Union.

vdz. Auf der Tagesordnung der am Donnerstag früh im Reichstag beginnenden 25. Konferenz der Interparlamentarischen Union steht als erster Punkt die **Generaldebatte über den Bericht des Generalsekretärs.** Dieser Bericht ist den Teilnehmern der Konferenz bereits gedruckt vorgelegt worden. Er besteht aus einem allgemeinen Teil, der sich mit der **allgemein politischen Lage der Welt** beschäftigt, und einem besonderen Teil, der die Arbeiten der Union seit der voraufgegangenen Konferenz behandelt. Der allgemeine Teil stellt mit Bedauern fest, überall sei bei den Wahlen das Hauptgewicht auf die innere und sogar auf die lokale Politik gelegt worden. Deshalb sei es eines der großen Ziele der Interparlamentarischen Union, in jedem Parlament der Welt die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Lösung der internationalen Probleme, die unserer Zeit gestellt sind, und auch den Willen zu ihrer Lösung zu schaffen. Die beiden wichtigsten Fragen, um die es sich dabei handele, habe schon die vorige Konferenz in Paris hervorgehoben: Die Beseitigung oder wenigstens die allmähliche Verminderung der dem Handel entgegenstehenden Hindernisse, besonders in Europa, und ferner die Abrüstung als Faktor der Organisation und der Sicherung des Friedens. Das Exekutiv-Komitee der Union hat geglaubt, daß diese beiden Probleme auf der Tagesordnung der Institution bleiben müßten und daß namentlich die Konferenz in Berlin im Laufe ihrer Generaldebatte diesen Fragen ihre besondere Aufmerksamkeit schenken müßte.

Der Bericht behandelt dann das **Handelsvertragssystem zwischen den europäischen Ländern,** das von der wirtschaftlichen Kommission auf Grund einer im vorigen Jahre in Paris gefaßten Resolution beraten worden ist. Der Bericht macht auf die Arbeit der internationalen Wirtschaftskonferenz und die infolgedessen allgemein ausgesprochene Verurteilung des „Ueberprotektionismus" aufmerksam.

Der wichtigste Teil des Berichts beschäftigt sich mit **der Abrüstung und der Organisation des internationalen Friedens.** Ein bedeutendes Werk von Schieds- und Freundschaftsverträgen breite sich allmählich aus. Gleichzeitig entwickele sich die Tätigkeit der internationalen Gerichtsbarkeit. Aber man dürfe doch nicht vergessen, daß bei dem gegenwärtigen Zustand der Bewaffnung der verschiedenen Staaten die Grundlage des internationalen Lebens selbst ungewiß und trügerisch bleibe. Die Staaten und die Nationen sind von denselben primitiven Instinkten der Furcht und des Mißtrauens beherrscht, die jede Menschenzusammenballung charakterisieren. Es handele sich darum, den Staaten die Zerstörungs- und Gewaltmittel zu nehmen. Die Konflikte selbst seien unvermeidlich. Aber ihre Lösung durch Gewalt und Zwang sei niemals endgültig, sondern immer nur provisorisch. Ebenso wie im Innern der Staaten das einzige Regime, das auf die Dauer bestehen könne, eine Regierung sei, die auf allgemeiner Zustimmung beruhe, so sei auch in den internationalen Beziehungen die einzige Methode, die einen dauernden Frieden garantiere, die der gegenseitigen Aussprache und Lösung der Konflikte auf der Grundlage des Rechts und der Zustimmung der beteiligten Parteien.

Für die Aussprache über diesen Bericht sind die Vollsitzungen der Interparlamentarischen Union am Donnerstag und am Freitag vormittag in Aussicht genommen.

*

Der Interparlamentarische Rat

genehmigte am Mittwoch nachmittag das Budget, das Einnahmen in Höhe von 173 000 und Ausgaben in Höhe von 155 000 Schweizer Franken aufweist. Unter lebhaftem Beifall wurde der bisherige Generalsekretär der Interparlamentarischen Union, **Dr. Christian L. Lange, Norwegen,** für weitere vier Jahre zum Generalsekretär der Union gewählt. Auf Vorschlag des französischen Senators Dr. Merlin wurde dem um die Union sehr verdienten Dr. Boissier (Schweiz) der Titel eines stellvertretenden Generalsekretärs verliehen. Schließlich wurde zum Budget der Union eine Entschließung angenommen, die die Kommission für politische und organisatorische Fragen bittet, eine Erhöhung der Gruppenbeiträge zu prüfen, damit auf diese Weise die Einnahmen erhöht werden können.

*

Empfangsabend der Interparlamentarischen Union.

Die zur Konferenz nach Berlin gekommenen Mitglieder der Interparlamentarischen Union aus 37 Staaten der ganzen Welt versammelten sich am Mittwoch abend zu einem **Empfang durch die deutsche Gruppe der Union** in der **Großen Wandelhalle des Reichstags** und ihren Nebenräumen. Auch mehrere Mitglieder des deutschen Kabinetts und zahlreiche Diplomaten waren erschienen. Reichstagspräsident **Löbe** begrüßte die Mitglieder der Interparlamentarischen Union in einer kurzen launigen Ansprache als Gäste des Deutschen Reichstags und des Deutschen Volkes. Mit lebhaftem Beifall wurde ein Vortrag von Dr. Droge aufgenommen, der interessantes Material aus dem reichhaltigen Lautarchiv der preußischen Staatsbibliothek vorführte.